

Gesundheitsreform:

WEHREN WIR UNS!



14. Dezember Streik- & Aktionstag

Die Ärztinnen und Ärzte wehren sich gegen den radikalen Umbau des österreichischen Gesundheitswesens, wie er nun von der Politik geplant und bis Jahresende beschlossen werden soll. Die Bundeskurie niedergelassene Ärzte hat in ihrer Sitzung vom 23. November 2016 einstimmig beschlossen, am 14. Dezember österreichweit einen Streik- und Aktionstag abzuhalten.

Die Politik plant einen Paradigmenwechsel im österreichischen Gesundheitswesen: weg von der wohnortnahen, patientenorientierten Versorgung durch Haus- und Vertrauensärzte hin zu Versorgungszentren, die von Spitälern, Krankenkassen oder gewinnorientierten Privatunternehmen geführt werden.

Nachdem Mitte November die Art. 15a-Vereinbarungen und das so genannte Vereinbarungsumsetzungsgesetz 2017 im Ministerrat und wenige Tage darauf im Gesundheitsausschuss beschlossen wurden, soll das alles nun am 14. Dezember im

Nationalrat abgenickt werden. Damit kommt es zu einer Entwurzelung des österreichischen Gesundheitswesens, was in der Folge massive Verschlechterungen in der Gesundheitsversorgung erwarten lässt.

Konkret geht es um folgende drei Punkte:

1) Die Deckelung

Bei der Budgetierung des Gesundheitswesens kommt es zur Deckelung des Ausgabenwachstums. Lag diese Deckelung in den letzten Jahren bei 3,6 Prozent, soll der Ausgabenzuwachs bis ►►

Österreichische
Ärztezeitung
Die Zeitschrift der Ärztinnen und Ärzte

Sonderausgabe 22b, 6. Dezember 2016



Maßnahmen

Die Maßnahmen rund um den Streik- und Aktionstag am 14.12. sind breit gestreut:

- Ordinationsschließungen in Wien, Kärnten und im Burgenland;
- Informationsplakate für Ordinationen (ein Teil wird mit dieser Sonderausgabe der ÖÄZ versandt);
- zusätzliches Informationsmaterial wie Flyer, Aufkleber etc.: Auskunft darüber erhalten Sie bei der jeweils zuständigen Landesärztekammer;
- nach wie vor aufrecht sind die angedrohten Vertragskündigungen in Oberösterreich und der Steiermark;
- Start einer parlamentarischen Bürgerinitiative;
- Volksbegehren „SOS Medizin“ in Niederösterreich: www.sos-medizin.at;
- Informationskampagnen in allen neun Bundesländern;
- Öffentlichkeitsarbeit: Pressekonferenzen, Presseaussendungen, Social media-Aktivitäten: [www.wenigeristNICHTmehr](http://www.wenigeristNICHTmehr;); fb.com/wenigeristNICHTmehr; twitter.com/aerztekammerat;
- Inserate in Printmedien, TV- und Hörfunkwerbung;
- Briefe an die Landtagsabgeordneten und Bürgermeister;
- Die Bundeskurie nutzt den Tag der Allgemeinmedizin am 14.12., um Jungmediziner über die aktuelle Situation aufzuklären.

Die Forderungen der Bundeskurie

1. Keine weiteren Einsparungen. Das Gesundheitsbudget muss sich am realen Bedarf der Bevölkerung orientieren.
2. Breites, wohnortnahes Angebot und individuelle Wahlmöglichkeiten statt einheitlicher Staatsmedizin.
3. Ärztinnen und Ärzte in die Planung einbinden - für ein patientenfreundliches medizinisches Angebot.
4. Vorrang für ambulante Versorgung in (Gruppen-)Praxen niedergelassener Ärztinnen und Ärzte. Primärversorgungszentren müssen auf ärztlichen Gruppenpraxen basieren und von Ärztinnen und Ärzten geleitet werden.
5. Funktionierende Versorgungssysteme weiter ausbauen und weiterentwickeln.

Gesundheitsplanung in Zukunft

Ein Beispiel veranschaulicht, wie Gesundheitsversorgung – nach den Vorstellungen von Gesundheitsplanern – künftig aussehen könnte:

Geht man von der Annahme aus, dass heute in 200 Orten rund 200 Ärzte ordinieren, könnte dies nach den Vorstellungen der Gesundheitsplaner bedeuten, dass es für diese 200 Orte nur noch 40 Versorgungszentren gibt. Oder anders herum: In 160 Orten wird es dann keinen Arzt mehr geben. – Davon könnte auch Ihre Praxis betroffen sein!

» 2021 schrittweise auf 3,2 Prozent zurückgefahren werden. Indessen war bei den Krankenkassen das Ausgabenwachstum höher und lag bei fünf Prozent. Hier öffnet sich also eine noch größere Deckungslücke, die sich aufgrund der Demografie, der Bevölkerungsentwicklung und des medizinischen Fortschrittes ergibt. Wieder einmal redet die Politik mit dem Begriff „Kostendämpfung“ einen rücksichtslosen Sparkurs schön und streut den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen. Dadurch sollen die Patienten in den nächsten Jahren 4,3 Milliarden Euro vorenthalten werden! Was die Patienten brauchen, ist einerlei: Die Gesundheitsausgaben orientieren sich künftig ausschließlich am Wirtschaftswachstum und nicht am Patientenbedarf, ihren Bedürfnissen, geschweige denn an den medizinischen Möglichkeiten. Und die Ärztinnen und Ärzte sollen das politische Risiko tragen – denn sie haben den Patienten die Leistungseinsparungen beizubringen.

Bei den nun immer wieder ins Spiel gebrachten 200 Millionen Euro, die für die Primärversorgung zur Verfügung stehen sollen, handelt es sich nicht um zusätzliches Geld – es ist Geld, das aus dem laufenden Budget der Krankenversicherung stammt und ganz offensichtlich der bisherigen Kassenversorgung entzogen werden soll. Umschichtung heißt also die Parole – keine Rede von zusätzlichen Mitteln für eine Ausweitung von dringend erforderlichen neuen Kassenstellen oder einer Verbesserung des Leistungsangebotes.

2) Die Verlagerung der Leistungen von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten in zentrale Einheiten

Mit den nun beschlossenen Art. 15a-Vereinbarungen und dem als Wortkreation unaussprechlichen und für Ärztinnen und Ärzte inakzeptablen „Vereinbarungsumsetzungsgesetz 2017“ (VUG) werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Leistungen der Allgemeinmediziner in Primärversorgungszentren und fachärztliche Leistungen in Krankenhäuser zu verlagern. Alles klar? Soviel zur oftmals von der Politik beschworenen „Entlastung“ der Krankenhäuser. Denn was das bedeutet, sollte man sich auf der Zunge zergehen lassen: das Ende der wohnortnahen Versorgung durch Haus- und Vertrauensärzte und auch das Ende der freien Arztwahl.

Die niedergelassenen Ärzte haben bei der Besetzung von Stellen keinen Vorrang mehr; künftig soll – ohne spezifische Bedarfsprüfung – Ambulatorien der Vorzug gegeben werden.

3) Ausschluss von Ärzten aus der Gesundheitsplanung

Die Ärztekammern als Vertretung der Ärztinnen und Ärzte sollen künftig von der Planung des Gesundheitswesens ausgeschlossen werden. Diese Planung soll in Zukunft in erster Linie nach politischen und ökonomischen Überlegungen vorgenommen werden und nicht nach medizinischen oder gar nach den Bedürfnissen der Menschen. Man erinnere sich: was künftig die Planung von oben, war bisher der Bedarf, der auch von den Ärzten und ihrer Ärztekammer nach Maßgabe der Versorgungsnotwendigkeit und der medizinischen Plausibilität mitgetragen wurde. Nicht selten auch gegen den Willen der GKKs. Nur so konnten adäquate und notwendige Arztstellen in den Bundesländern geschaffen werden. ◀◀

Meine Meinung

Die aktuelle ‚Gesundheitsreform‘ ist eigentlich eine Beleidigung für jeden vernünftig denkenden Menschen. Man plant Einsparungen in Milliardenhöhe und will der österreichischen Bevölkerung weismachen, dass sich trotz Budgetierung und Deckelung an der bewährten qualitativ hochstehenden medizinischen Versorgung nichts ändert.

Für mich ist es eine Frage des Anstandes, den Menschen in diesem Land die Wahrheit zu sagen: Die Politik nennt es Kostendämpfung und meint Sparen. Gemessen an der medizinischen und demografischen Entwicklung wird einfach weniger Geld im System sein.

Ansätze davon erleben wir ja jetzt schon: Es mangelt an allen Ecken und Enden, bei Kassenplanstellen, während sich die Kontrollen, Auflagen und teilweise Schikanen für uns niedergelassene Ärztinnen und Ärzte inflationär entfalten. Politiker und Sozialversicherungsfunktionäre tragen das Ihre dazu bei, indem der Hausarzt permanent schlecht geredet wird. Wertschätzung für Ärztinnen und Ärzte ist schon lange kein Thema mehr.

Offensichtlich erleben wir gerade einen Wertewandel in der Republik. Die Gesundheit steht – entgegen den demoskopisch abgesicherten Präferenzen der Menschen in diesem Land – nicht mehr ganz oben auf der Prioritätenliste der Politik. Zwar ist im aktuellen Budget der Bundesregierung für viele Ressorts mehr vorgesehen. Für allerlei politischen Schnickschnack haben wir jede Menge Steuergeld zur Verfügung, die Gesundheit geht leer aus.

Indes erarbeiten die politischen Denkstuben Phantome und taufen sie Primärversorgungseinheiten. Kein Mensch weiß, was da auf uns zukommt und wie das funktioniert. Hauptsache es wird damit ein System, das sich Jahrzehnte lang bewährt hat, ausgehebelt. Was will man denn damit bezwecken, wo liegt der Grund für diese Groteske? Es geht um die Macht, und dabei sind die Ärzte unbequem, denn sie rücken den Patienten und sein Wohl ins Zentrum.

Deshalb ist auch die bewährte Partnerschaft von Ärztekammer und Sozialversicherung obsolet, weil die Politik die Macht bei sich bündeln will. Was uns die Politik vor die Türen der Ordinationen knallt, ist die Entwurzelung der demokratischen Grundfesten und der Expertenbasierung unseres Gesundheitssystems:

- Es bedeutet das Ende der sozialen Medizin, weil die Krankenhäuser, die Krankenkassen oder gewinnorientierte Großkonzerne eine tragende Rolle bei der künftigen Primärversorgung und der fachärztlichen Versorgung übernehmen könnten.
- Es bedeutet das Ende der freien Arztwahl.
- Es bedeutet letztlich auch das Ende der Freiberuflichkeit.
- Und es bedeutet auch die Zerstörung eines gut funktionierenden Systems, um das uns viele andere beneiden.

Wir niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte müssen uns zur Wehr setzen!

Ich ersuche Sie, sehr geehrte Frau Kollegin, sehr geehrter Herr Kollege, sich aktiv an unseren Aktivitäten zu beteiligen. Es geht um Ihre, um unsere Zukunft!



Johannes Steinhart, Bundeskurienobmann der niedergelassenen Ärzte in der ÖÄK



Fakten und Bedrohungen

Es wird zerstört und rationiert:

1. Der freiberufliche niedergelassene Hausarzt soll durch Zentren ersetzt werden.
2. Solche Zentren sind wesentlich teurer als die Betreuung durch den Hausarzt oder Facharzt. Außerdem werden die Wege für ältere und chronisch Kranke durch die Ausdünnung (= Zentrierung) der Versorgung unbewältigbar.
3. Mit den geplanten Zentren wird der Einstieg von rein gewinnorientierten Privatinvestoren sowie die Kettenbildung durch internationale Großinvestoren ermöglicht.
4. Es droht das Ende der Freiberuflichkeit.
5. Es droht das Ende der freien Arztwahl.
6. Junge Ärztinnen und Ärzte hätten keine Alternative mehr zur Anstellung.
7. Kostendämpfung ist eine Mogelpackung: Die notwendige Verlagerung von Spitalsleistungen in den niedergelassenen Bereich ist nicht möglich, da österreichweit rund 1.300 Kassenplanstellen fehlen.
8. Die GKKs sind unterfinanziert: Sie bieten weder neue Leistungen noch neue Planstellen.
9. Die Gründung von neuen Gruppenpraxen und die Einführung von neuen Leistungen werden aus Kostengründen behindert.
10. Das Spitzeltum in den Ordinationen – „Mystery Shopping“ – untergräbt das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient.
11. Die Tätigkeit der Hausärzte und auch einiger Facharztgruppen entspricht nicht dem tatsächlichen Aufwand: sie ist krass unterbezahlt.
12. Zusätzliche Bürokratie durch verpflichtende ICD-Codierung auch in Ordinationen und Ambulanzen.
13. Für die dringend notwendige Umsetzung der Lehrpraxis wird lediglich eine Million Euro beigesteuert.

Hinweis für alle Ärztinnen und Ärzte in Wien, Kärnten und dem Burgenland

In der Beilage befinden sich **drei Plakate** sowie eine **Karte**:

- Das Plakat „Politik bereitet Gesetze vor...“ macht schon im Vorfeld darauf aufmerksam, dass die betreffende Ordination am 14.12., dem Aktionstag, geschlossen ist.
- Das Plakat „...der Nationalrat beschließt...“ ist für den Ordinationsschließtag.
- Plakat 3 ist für jene Ordinationen, die einen Notbetrieb aufrechterhalten.
- Die beigefügte Karte kann am 14.12. direkt auf dem Ordinationsschild angebracht werden.



Impressum: ■ Medieninhaber und Verleger: Verlagshaus der Ärzte GmbH-Gesellschaft für Medienproduktion und Kommunikationsberatung GmbH, 1010 Wien, Nibelungeng. 13 ■ Herausgeber: Bundeskurie Niedergelassene Ärzte ■ Mit der Herausgabe beauftragt: Mag. Martin Stickler ■ Chefredaktion: Dr. Agnes M. Mühlgassner ■ Tel.: 01/512 44 86, Fax 01/512 44 86-24, E-Mail: office@aerzteverlagshaus.at; Internet: www.aerztezeitung.at ■ Hersteller: Druckerei Berger, Ferdinand Berger & Söhne Ges.m.b.H., A-3580 Horn, Wienerstraße 80 ■ Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz: www.aerztezeitung.at/Kontakt/Impressum